

Anhang für 2012

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft, Stuttgart, (im Folgenden Schlossgartenbau-AG genannt) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften für Kapitalgesellschaften i. S. d. § 242 ff HGB und § 264 ff HGB sowie den Vorschriften des AktG erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB, wobei für die Gewinn- und Verlustrechnung das Gesamtkostenverfahren angewandt wurde.

Aufgrund des seit 2004 bestehenden Gewinnabführungsvertrags mit der heutigen LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, wird der gesamte Gewinn der Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft, Stuttgart, an die LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, abgeführt. Die übrigen Aktionäre der Gesellschaft erhalten von der LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, als Ausgleich eine festgelegte Garantiedividende je Anteil.

Des Weiteren besteht zwischen der Schlossgartenbau-AG und der LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, eine Cash-Pooling-Vereinbarung.

Im Interesse der Klarheit und einer besseren Übersichtlichkeit sind nach den gesetzlichen Vorschriften die Vermerke, die wahlweise in Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder Anhang anzubringen sind, im Anhang aufgeführt.

Betragsmäßige Angaben im Anhang erfolgen in der Regel in T€.

Die Zahlen des Vorjahres sind in Klammern angegeben.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Einzelabschluss sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten (zuzüglich Nebenkosten) oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Abschreibungen werden vorgenommen, soweit es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wird durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren

(PUC-Methode) ermittelt. Die Berechnung erfolgte unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G. Für die Abzinsung wurde pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 5,07% (5,13%) gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 18. November 2009 verwendet. Den Berechnungen nach BilMoG liegt ein Rententrend für laufende Renten gemäß Wertsicherungsklausel von 1,25% p. a. zugrunde. Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Änderung der Rückstellungsbilanzierung nach §§ 249 Abs. 1 Satz 1, 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB durch das BilMoG ergebende Zuführungsbetrag über den Höchstzeitraum von 15 Jahren gleichmäßig verteilt.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Mit der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, (Organträger) besteht eine umsatz-, gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft. Ein evtl. Ansatz latenter Steuern erfolgt auf Ebene des Organträgers.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anteilsbesitzes ist auf Seite 27 ersichtlich.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 6.015 (T€ 3.744) handelt es sich um Forderungen gegen die Schlossgartenbau Objekt-GmbH & Co. KG, Stuttgart, die aus der phasengleichen Aktivierung von Beteiligungs-erträgen resultieren.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Steuererstattungsansprüche aus Körperschaftsteuer in Höhe von T€ 251 (T€ 333). Davon haben T€ 170 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

3. Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag betragen T€ 6 (T€ 6). Es besteht eine Mitzugehörigkeit im Sinne von § 265 Abs. 3 HGB in gleicher Höhe zu den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

4. Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital in Höhe von T€ 5.460 besteht aus

Aktien, die auf den Inhaber lauten. Sie sind in 210.000 Aktien (Stückaktien) eingeteilt. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.

5. Pensionsrückstellungen

Unter Anwendung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHB besteht bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen eine Deckungslücke in Höhe von T€ 9.

6. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen bestehen mit T€ 443 aus langfristigen Rückstellungen (Restlaufzeit größer 1 Jahr) und T€ 114 aus Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die sonstigen langfristigen Rückstellungen in Höhe von T€ 443 (T€ 453) betreffen drohende Verluste aus Derivaten.

Zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken wurden Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen. Zum 31. Dezember 2012 besteht ein Swap mit einem Volumen von € 4,0 Mio. (€ 4,5 Mio.).

Die Bewertung der Zinssicherungsgeschäfte erfolgt auf Grundlage einer „Mark-to-Market“-Betrachtung, die von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zur Verfügung gestellt wird. Der zum Bilanzstichtag ermittelte Wert stellt einen Marktwert dar, der sich bei einer Auflösung des derivativen Finanzinstruments ergeben würde. Die Bewertung zum Bilanzstichtag ergab für den Swap einen negativen Marktwert in Höhe der gebildeten Rückstellungen.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr werden gemäß § 285 Nr. 12 HGB nachstehend gesondert aufgeführt:

	2012	2011
	T€	T€
Rückstellung Abschluss, Prüfung und Veröffentlichung	81	89
Rückstellung Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	15	15
Rückstellung für Sonderzahlungen	9	6
Rückstellungen für Aufsichtsratsvergütung	8	8
Rückstellung ausstehende Rechnungen	1	1
Gesamt	114	119

7. Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung, Sicherung und Laufzeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 22.908 (T€ 23.824) handelt es sich um Darlehen der

Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zur Finanzierung von Anlagevermögen und Beteiligungen. Es besteht eine Mitzugehörigkeit im Sinne von § 265 Abs. 3 HGB in gleicher Höhe zu den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber der LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, in Höhe von T€ 4.123 (Vorjahr: T€ 972). Die Verbindlichkeiten resultieren vor allem aus den Ergebnisabführungen gemäß des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags, aus dem Liquiditätsmanagement und dem konzerninternen Verrechnungsverkehr.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 28 (T€ 40) handelt es sich im Wesentlichen um Zinsabgrenzungen in Höhe von T€ 5 (T€ 18) und noch nicht abgehobene Dividenden in Höhe von T€ 22 (T€ 20).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von T€ 19 (T€ 9) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 19 (T€ 8).

2. Personalaufwand

Die Löhne und Gehälter in Höhe von T€ 37 (T€ 32) beinhalten die Vorstandsvergütung.

3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 142 (T€ 205) enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Prüfungs- und Beratungskosten T€ 43 (T€ 73), Kosten für die Hauptversammlung und Veröffentlichung mit T€ 55 (T€ 60), Kosten aus Geschäftsbesorgung für zentrale Dienste T€ 30 (T€ 21) sowie Aufwendungen für den Aufsichtsrat T€ 8 (T€ 8).

4. Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen betragen T€ 6.015 (T€ 3.744) und stammen aus der Beteiligung an der Schlossgartenbau Objekt-GmbH & Co. KG, Stuttgart.

5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von T€ 1.198 (T€ 1.254) resultieren aus Darlehenszinsen in Höhe von T€ 1.179 (T€ 1.238) gegenüber der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, aus Zinsaufwendungen gegenüber weiteren verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 7 (T€ 5) sowie aus Zinsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von T€ 12 (T€ 10).

6. Aufwendungen aus Gewinnabführung

Die Aufwendungen aus der Gewinnabführung an die LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, betragen T€ 4.481 (Vorjahr: T€ 2.181).

7. Außerordentliche Aufwendungen

Gemäß Artikel 67 Abs. 7 EGHGB werden die Aufwendungen, die durch den Übergang auf die Rechtslage nach Inkrafttreten des BilMoG entstehen, in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen. Es handelt sich dabei um die Aufwendungen aus der Zuführung gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB.

8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	T€	T€
Körperschaftsteuer	118	117
Solidaritätszuschlag	6	7
Steuererstattungen/-nachzahlungen für frühere Jahre	50	-44
Gesamt	174	80

V. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

1. Haftungsverhältnisse

Die Gesellschaft haftet gesamtschuldnerisch für Verpflichtungen aus den Anstellungsverträgen der Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer mit der Industriefabrik-Aktiengesellschaft, Stuttgart, der Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart Aktiengesellschaft, Stuttgart, sowie der LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH, Stuttgart. Diese sich nahestehenden Gesellschaften werden in Personalunion geführt. Aus Vereinfachungsgründen gibt es daher je Vorstandsmitglied nur einen gemeinschaftlichen Anstellungsvertrag. Pensionszusagen erhalten die Vorstandsmitglieder ausschließlich von der Industriefabrik-Aktiengesellschaft, Stuttgart. Hieraus ergibt sich zum Bilanzstichtag eine gesamtschuldnerische Haftung aus den Pensionsverpflichtungen für die Schlossgartenbau-AG in Höhe von T€ 1.968. Das Risiko einer Inanspruchnahme aus dieser gesamtschuldnerischen Haftung wird aufgrund der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der voraussichtlichen zukünftigen Entwicklung der Industriefabrik-Aktiengesellschaft, Stuttgart, als gering eingestuft.

Des Weiteren besteht eine Mitverpflichtung der Schlossgartenbau-AG für ein Darlehen der Tochtergesellschaft SGB-Hotel GmbH & Co.KG, welches bei der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zur Finan-

zierung von 6% der Geschäftsanteile an der SG Management GmbH, Stuttgart, aufgenommen wurde. Zum Bilanzstichtag ergibt sich hieraus eine gesamtschuldnerische Haftung für die Schlossgartenbau-AG in Höhe von T€ 1.175. Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Strukturen wird das Risiko einer Inanspruchnahme als gering angesehen.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben der gesamtschuldnerischen Haftung aus Pensionsverpflichtungen bestehen für die Schlossgartenbau-AG sonstige finanzielle Verpflichtungen aus einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, in Höhe von T€ 30.

VI. Sonstige Angaben

1. Gesellschafterstruktur der Schlossgartenbau-AG

Die Schlossgartenbau-AG befindet sich im Mehrheitsbesitz der LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht.

Die Mehrheitsbeteiligung wurde am 9. Dezember 2003 mit folgendem Wortlaut publiziert:

„Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart/Karlsruhe/Mannheim, hat uns mit Schreiben vom 2. Dezember 2003 gemäß §§ 21 Abs. 1 und 22 Abs. 1 WpHG und zugleich namens und im Auftrag ihrer gemäß § 24 WpHG in den Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einbezogenen Tochtergesellschaften LBBW Immobilien-Holding GmbH, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart sowie LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Katharinenstraße 20, 70182 Stuttgart, mitgeteilt, dass

1. der LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, ohne Schwellenüberschreitung weiterhin über 50% der Stimmrechte der Schlossgartenbau-AG zustehen, wobei ihr mit Wirkung zum 1. Dezember 2003 nunmehr 10,0% der Stimmrechte (entspricht 21.000 Stimmen) aus ihr gehörenden Anteilen zustehen (§ 21 Abs. 1 WpHG) und 55,13% der Stimmrechte (entspricht 115.776 Stimmen) gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG, vermittelt über die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart, zugerechnet werden.
2. die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden Württemberg mbH, Stuttgart, bei der Schlossgartenbau-AG die Schwellen des § 21 Abs.1 WpHG von 5%, 10%, 25% und 50% mit Wirkung zum 1. Dezember 2003 überschritten hat und nunmehr 55,13% der Stimmrechte (entspricht 115.776 Stimmen) zustehen.
3. der Landesbank Baden-Württemberg ohne Schwellenüberschreitung weiterhin über 75% der Stimmrechte an der Schlossgartenbau-AG zustehen, die ihr vermittelt

über die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, und mit Wirkung zum 1. Dezember 2003 über die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart, sowie gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet werden. Die Höhe des Stimmrechtsanteils der Landesbank Baden-Württemberg beträgt insgesamt unverändert 95,13% (entsprechend 199.776 Stimmen). Dieser Stimmrechtsanteil enthält 55,13% Stimmrechte (entsprechend 115.776 Stimmen) die gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet werden, sowie 30% Stimmrechte (entsprechend 63.000 Stimmen) die gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet werden.“

Die Veränderung der Eigentümerstruktur aufgrund der Umstrukturierung der LBBW Immobilien-Gruppe wurde am 07. Oktober 2011 folgendermaßen veröffentlicht:

„Die Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft gibt bekannt, dass die Landesbank Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, Deutschland, ihr am 04.10.2011 gem. § 21 WpHG i.V.m. § 24 WpHG mitgeteilt hat, dass:

(i) der Stimmrechtsanteil der LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart, Deutschland, an der Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft am 30.09.2011 die Schwellen von 75%, 50%, 30%, 25%, 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 0,00% (keine Stimmrechte) befragen hat; und

(ii) der Stimmrechtsanteil der LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, Deutschland, an der Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft am 30.09.2011 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten hat und zu diesem Tag 87,77% (184.322 Stimmrechte) befragen hat.“

Zum 31.12.2012 hält die LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, 87,77% der Anteile an der Schlossgartenbau-AG.

2. Aufsichtsrat

Achim Kern, Renningen
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied der Geschäftsführung der
LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart

Dieter Hildebrand, Weissach im Tal
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Leiter des Marktbereiches Immobilienkunden Deutschland der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz

Bruno Möws, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied der Geschäftsführung der Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart

Die Amtszeit des Aufsichtsrats dauert bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2014 beschließt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Schlossgartenbau-AG übten im Berichtsjahr folgende Mandate an anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3, 1 Halbsatz AktG aus:

Achim Kern

- Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart Aktiengesellschaft, Stuttgart
- Industriefhof-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Dieter Hildebrand

- Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart Aktiengesellschaft, Stuttgart
- Industriefhof-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Bruno Möws

- Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart Aktiengesellschaft, Stuttgart
- Industriefhof-Aktiengesellschaft, Stuttgart

3. Vorstand

Wolfgang Eitel
Remseck
Jurist (Assessor)
Kaufmännisches Ressort

Steffen Wurst
Stuttgart
Immobilienökonom (ebs)
Operatives Ressort

4. Vergütungen für die Organe der Gesellschaft

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes der Schlossgartenbau-AG betragen im Berichtszeitraum T€ 37 (T€ 32).

Für diese Personengruppe besteht zum Bilanzstichtag eine gesamtschuldnerische Haftung aus den Pensionsverpflichtungen für die Schlossgartenbau-AG in Höhe von T€ 1.968.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates der Schlossgartenbau-AG betragen T€ 8 (T€ 8).

5. Mitarbeiter

Die Schlossgartenbau-AG verfügt über kein eigenes Personal. Die Besorgung der Geschäfte der Gesellschaft erfolgt durch Mitarbeiter der BW-Immobilien GmbH, Stuttgart, und LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart.

6. Kapitalanteile der Schlossgartenbau-AG

Die Schlossgartenbau-AG besitzt folgende Kapitalanteile von mindestens 20% an anderen Unternehmen:

Anteile beteiligte Unternehmen	Anteil am Kapital	Eigenkapital zum 31.12.2012 T€	Ergebnis 2012 T€
Schlossgartenbau Objekt-GmbH & Co. KG, Stuttgart	100,00%	18.549	6.015
Schlossgartenbau Objektverwaltungs-GmbH, Stuttgart	100,00%	12	0
SG Management GmbH, Stuttgart	100,00%	9.282	1.644
SGB-Hotel GmbH & Co. KG, Stuttgart	100,00%	-1.347	-85
SGB-Hotel-Verwaltung GmbH, Stuttgart	50,00%	13	17

7. Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung (Entsprechenserklärung) zum Corporate Governance Kodex ist abgegeben und den Aktionären auf unserer Homepage zugänglich gemacht worden (www.bahnhofplatzgesellschaften.de >> Schlossgartenbau-AG >> Entsprechenserklärung).

8. Honorar des Abschlussprüfers

Das Abschlussprüferhonorar wird im Konzernabschluss der Schlossgartenbau-AG angegeben.

9. Konzernabschluss

Die LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart, erstellt einen Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen, in den die Schlossgartenbau-AG einbezogen wird. Dieser wird unter Inanspruchnahme von Befreiungsvorschriften nicht offengelegt.

Der LBBW Immobilien Management-Konzernabschluss wiederum wird in den Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, einbezogen. Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, erstellt einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen. Der Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, wird entsprechend den gesetzlichen Vorschriften beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht.

10. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu nicht marktüblichen Konditionen liegen nicht vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Stuttgart, den 5. März 2013

Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Der Vorstand



Wolfgang Eitel
Jurist (Assessor)



Steffen Wurst
Immobilienökonom (ebs)